

Binnenwirtschaft

*(30)

Regeln zur Betriebsverfassung publiziert

Erst am 11. Januar 1987 wurden Regeln zur Betriebsverfassung publiziert, die bereits am 15. September 1986 verabschiedet worden waren. Es handelt sich zunächst um die "Regelungen über Arbeiterkongresse der staatseigenen Industrieunternehmen".

In Art. 2 dieser Regelungen heißt es, daß neben dem System der vollen Verantwortlichkeit des Direktors ein Unternehmen das System der Arbeiterkongresse einrichten oder verbessern muß.

Nach Art. 3 stellen die Arbeiterkongresse die grundlegende Form der demokratischen Verwaltung in einem Unternehmen dar. Durch diese Organisation üben Arbeiter und Angestellte ihre demokratische Verwaltungsmacht aus. Das Gewerkschaftskomitee des Unternehmens ist das organisatorische Instrument des Arbeiterkongresses und erledigt die täglichen Arbeiten für den Arbeiterkongreß.

Nach Art. 7 erfüllen die Arbeiterkongresse die folgenden Funktionen bzw. haben die folgenden Befugnisse: (1) Regelmäßig den Arbeitsbericht des Fabrikdirektors zu hören; die Betriebsprinzipien, langfristigen und jährlichen Pläne, Pläne über die wichtigsten technologischen Umformungen und Technologieimporte, Pläne über die Ausbildung der Arbeiter, Budgets, Schlußabrechnungen und die Pläne des Unternehmens zur Aufteilung und Verwendung seiner eigenen Fonds zu überprüfen; Kommentare und Anregungen zu geben sowie Resolutionen über die zuvor genannten Angelegenheiten zu beschließen. (2) Nach Prüfung den Plan des Systems der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit, den Lohnänderungsplan, den Bonusverteilungsplan, den Plan für Arbeitsschutzmaßnahmen, die Regelungen über Belobigungen und Bestrafungen sowie andere Regeln und Anordnungen, die vom Fabrikdirektor vorgeschlagen werden, zu genehmigen. (3) Nach Prüfung über den Plan zur Verwendung der Wohlfahrtsfonds der Arbeiter, den Plan zur Zuweisung von Wohnraum für die Arbeiter und andere wichtige Angelegenheiten, die die Wohlfahrt der Arbeiter und Angestellten betreffen, zu entscheiden. (4) Die führenden Kader aller Ebenen des Unternehmens zu beurteilen und zu

überwachen und Vorschläge hinsichtlich Belobigungen, Bestrafungen, Ernennungen und Entlassungen zu machen.

In Punkt (5) dieses Artikels wird weiterhin festgelegt, daß die Behörden, wenn sie Verwaltungsleiter eines Unternehmens ernennen oder entlassen, die Meinung der Arbeiterkongresse in Betracht ziehen müssen.

In Art. 8 wird bestimmt, daß für den Fall, daß der Arbeiterkongreß mit irgendeiner Entscheidung des Betriebsdirektors im Rahmen seiner Funktionen oder Befugnisse nicht übereinstimmt, er dem Fabrikdirektor Vorschläge machen oder über die Angelegenheit an die Gewerkschaft der höheren Ebene berichten kann.

Die "Regelungen bezüglich der Arbeit des Fabrikdirektors staatseigener Industrieunternehmen" sehen in Art. 2 vor, daß der Fabrikdirektor der legale Vertreter des Unternehmens ist, der die Rechte und Funktionen des Unternehmens wahrnimmt. Der Direktor soll die zentrale Leitung und gesamte Verantwortlichkeit hinsichtlich Produktion, Betrieb und Verwaltung des Betriebes in Übereinstimmung mit diesen Regelungen haben.

In Art. 5 wird bestimmt, daß der Fabrikdirektor die Überwachung der verschiedenen Abteilungen des Betriebes wie auch die Überwachung durch die staatlichen Banken hinsichtlich der Steuerzahlungen, der Gewinnablieferung und -verteilungen, der Verwendung der zurückgehaltenen Gewinne, des Transfers des Anlagevermögens und anderer wirtschaftlicher Aktivitäten akzeptieren muß.

In Art. 6 heißt es, daß der Fabrikdirektor periodisch einen Arbeitsbericht abzugeben und die Überwachung des Parteikomitees im Unternehmen zu akzeptieren hat.

In Art. 8 werden Aussagen über die Qualifikationen des Direktors gemacht. Nach (1) soll er revolutionäre Hingabe zum sozialistischen Aufbau besitzen sowie die Fähigkeit haben, sich an die sozialistische Orientierung in der Betriebsverwaltung zu halten. Nach (2) soll er aufweisen: Berufliche Fähigkeiten; Vertrautheit mit relevanten Wirtschaftspolitiken, Gesetzen und Regelungen; Verwaltungs- und Betriebskenntnisse; Führungsfähigkeit.

In Art. 9 ist die Ernennung des Fabrikdirektors geregelt; sie richtet sich je nach den Verhältnissen des Betriebes. Immer jedoch haben die für das Unternehmen zuständigen Behörden einen entscheidenden Einfluß.

Art. 10 sieht ein Zeitvertragssystem für die Fabrikdirektoren vor. Die Amtsdauer beträgt zwischen drei und fünf Jahren. Verlängerungen sind möglich.

In Art. 11 ist festgehalten, daß die Unternehmen Verwaltungsausschüsse bilden sollen, um dem Betriebsdirektor bei der Entscheidungsfindung und hinsichtlich wichtiger Angelegenheiten zu helfen. Der Verwaltungsausschuß setzt sich zusammen aus dem Fabrikdirektor, den stellvertretenden Direktoren, dem Chefingenieur, dem Chef des Rechnungswesens, dem Sekretär des Parteikomitees, dem Präsidenten der Gewerkschaft, dem Sekretär der Kommunistischen Jugendliga sowie Vertretern der Arbeiter, die von den Arbeiterkongressen gewählt werden. Die Vertreter der Arbeiter (einschließlich des Präsidenten der Gewerkschaft) sollen ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsausschusses ausmachen. Der Fabrikdirektor wird der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses sein.

Unter den Pflichten des Fabrikdirektors ist eine wichtige in Art. 18 festgehalten. Danach soll er in Übereinstimmung mit den staatlichen Plänen sowie den Bedürfnissen des Marktes Jahrespläne vorlegen, in denen Betriebsziele und Entwicklungsrichtung festgehalten sind. Diese werden, nachdem sie mit dem Verwaltungsausschuß diskutiert und vom Arbeiterkongreß geprüft worden sind, ausgeführt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß der Betriebsdirektor zwar im Prinzip weitgehende Vollmachten bzw. einen großen Aktionsspielraum erhalten hat, daß aber alle seine Entscheidungen und Aktionen von den Arbeiterkongressen genehmigt werden müssen. Da die zuständigen Behörden bei der Ernennung der Direktoren entscheidende Machtbefugnisse haben, können die Geschicke des Betriebes nach wie vor "zentral" gesteuert werden. (Xinhua, 1.1.87, zit. nach SWB, 21.1.87; Xinhua, 11.1.87, zit. nach SWB, 31.1.87) -lou-

*(31)

Harte Arbeit, Sparsamkeit und geplantes Wirtschaften gefordert

Auf der 19. Tagung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen

Volkskongresses wurden am 19.1.1987 der Bericht der Zentralen Planungskommission über die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1986 und der Plan für 1987 sowie weitere Pläne verschiedener Ministerien diskutiert. Es kam dabei auch zu einer Diskussion grundlegender Charakteristika des Wirtschaftssystems.

Einige Mitglieder erklärten, daß die mit der Ideologie verbundenen Probleme gelöst werden müßten, um die Wirtschaft zu entwickeln. Da die chinesische Volkswirtschaft eine geplante Warenwirtschaft sei, so der stellvertretende Vorsitzende Huang Hua, müsse man dem "geplant" Aufmerksamkeit schenken und den objektiven Gesetzen der Wirtschaft folgen, anstatt sich unbedacht in Massenaktionen zu ergehen. Xue Muqiao, der bekannte Reformökonom, erklärte, daß die allgemeine soziale Nachfrage in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Angebot gebracht werden müsse. Anderenfalls sei es unmöglich, die Stabilität der Volkswirtschaft aufrechtzuerhalten. Xue erklärte, daß man nicht die Befehlsplanung und insbesondere die Planwirtschaft total negieren könne; es sei auch unrealistisch, den Verbrauch zu erhöhen. Es sei ebenfalls eine einseitige Meinung, daß ein hohes Verbrauchsniveau die Entwicklung der Produktion fördern könne. Die Produktion habe Vorrang vor dem Verbrauch.

Viele Mitglieder des Ständigen Ausschusses erklärten, daß es notwendig sei, das Land durch Fleiß und harte Arbeit aufzubauen und sich gegen Zügellosigkeit und Verschwendung zu wenden. Andere Mitglieder hielten dafür, daß der durch Fleiß und harte Arbeit gekennzeichnete Aufbaugeist des Landes die gute Tradition darstelle, von der in den gegenwärtigen Bemühungen zur sozialistischen Modernisierung nicht abgegangen werden solle. Solche Slogans, wie z.B. eine hohe Verbrauchsrate, sollten nicht mehr benutzt werden, um die Wünsche des Volkes anzuregen.

Einige Mitglieder des Ständigen Ausschusses und einige Verantwortliche aus den ständigen Ausschüssen von lokalen Volkskongressen, die an der Sitzung als nichtstimmberechtigte Mitglieder teilnahmen, führten aus, daß damit Schluß gemacht werden müsse, die nachlassende Getreideproduktion nicht mehr zu beachten. Sie stimmten darin überein, daß als allgemeine Regel gelten könne, daß China unstabil würde, falls die Landwirtschaft nicht beachtet wer-

de. Es würden Unruhen entstehen, wenn es Getreidemangel gäbe. Deshalb müßten alle Führer auf allen Ebenen Getreideläger anlegen. Alles was dahin tendiere, die Getreideproduktion nicht zu beachten bzw. absinken zu lassen, sei falsch.

Einige Mitglieder des Ständigen Ausschusses nahmen auch zum Außenhandels Stellung. Es sei nötig, daß die Außenhandelsabteilungen nicht mehr nach eigenem Gutdünken handelten, ohne Koordination, miteinander konkurrierend und einander aus dem Geschäftsdrängend. Solche Praktiken würden den ausländischen Käufern die Gelegenheit geben, die Preise der Exportwaren zu drücken; auch würde dies zu übermäßigen Importen nichtproduktiver Waren und Produktionslinien führen.

In einem Artikel in der "Volkszeitung" nahm ein Kommentator Stellung zum Sparen und zur erhöhten Produktion. Es folgen wichtige Auszüge aus diesem Text:

"Es ist wichtig zu erkennen, daß es ein großes Potential zur Erhöhung der Produktion und zur Einsparung in allen Bereichen der Produktion, des Aufbaus und der Zirkulation gibt, und daß es ebenso eine ernsthafte Verschwendung bei allen Ausgabearten gibt. Entsprechend einer Analyse der laufenden Daten wird geschätzt, daß der Anteil des Materialverbrauchs in der industriellen Produktion im Jahre 1986 um 2% gegenüber dem Jahre 1980 anstieg. Die Gewinn- und Steuer-rate auf Investitionen in großen und mittleren Industrieunternehmen fiel im Jahre 1986 um etwa 10% gegenüber 1980. Es hätte vernünftigerweise angenommen werden können, daß im Gefolge der Entwicklung der Produktion und des Fortschritts der Technologie der Materialverbrauch in der Produktion immer geringer geworden wäre und daß die Steuern und Gewinne der Unternehmen ständig gestiegen wären, doch tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall.

Dies zeigt, daß trotz der Tatsache, daß das Niveau von Chinas Wirtschaftsentwicklung heute viel höher ist als in den ersten Jahren nach der Befreiung, daß trotz der Tatsache, daß es einen großen Fortschritt in der Produktionstechnologie gegeben hat, die wirtschaftlichen Ergebnisse immer noch nicht gut genug sind. Entsprechend einer groben Berechnung, die auf dem Niveau von Chinas industrieller Produktion heute beruht, könnten bei einem Absinken des Materialverbrauchs um 1% über

5 Mrd. Yuan eingespart werden, bzw. der Nettoproduktionswert könnte um 3 Mrd. Yuan gesteigert werden. Falls das Niveau des Jahres 1980 beim Materialverbrauch in der industriellen Produktion wieder erreicht würde, könnten 10 Mrd. Yuan eingespart werden. Dies ist eine beträchtliche Summe!

Nehmen wir die Verwaltungsausgaben. Während der letzten Jahre sind die staatlichen Ausgaben mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 14% gestiegen. Diese Rate überschreitet das durchschnittliche Anwachsen des Nationaleinkommens in Höhe von 12% und die Steigerung der Finanzeinnahmen in Höhe von 8,8% während der genannten Periode. Die Ausgaben haben sich in fünf Jahren verdoppelt. Eine solche Wachstumsrate kann nur die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Der große Anstieg bei den Verwaltungsausgaben steht in Verbindung mit Zügellosigkeit und Verschwendung beispielsweise bei der Nutzung öffentlicher Fonds, insofern als Bankette gegeben werden, Ausflüge gemacht werden ... Dies hat auch die soziale Einstellung ruiniert. In dieser Situation sind wir aufgerufen, ernsthafte Bemühungen zu unternehmen, um die Produktion anzuheben, Sparsamkeit walten zu lassen, die Einnahmen zu erhöhen und mit den Ausgaben sparsam umzugehen.

Der siebente Fünfjahresplan, mit dem wir es nun zu tun haben, ist gekennzeichnet durch Schwierigkeiten hinsichtlich des Mangels an Investitionskapital und Materialien. Wir haben es nicht nur jetzt mit diesen Schwierigkeiten zu tun; sie werden uns für eine lange Zeit während des Aufbaues der vier Modernisierungen begleiten. Wie können wir damit fertig werden? Es gibt nur zwei Wege. Einer besteht darin, Anleihen aufzunehmen, und der andere besteht darin, uns auf unsere eigene Produktion und unsere Ersparnisse zu verlassen. Wir können von anderen borgen, wenn die Bedingungen angemessen sind; solche Anleihen sollten aktiv genutzt werden. Das Problem besteht darin, daß es überhaupt nicht einfach ist zu borgen und daß die Anleihen später mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen. Unsere eigene Produktion und die Ersparnisse bleiben der verlässliche Weg. Dies erfordert die Mobilisierung der Massen, um eine umfassende und tiefgehende Bewegung zur Anhebung der Produktion, zur sparsamen Wirtschaftsführung, zur Anhebung der Einnahmen und sparsamen Verwendung der Ausgaben in Gang zu setzen. Je umfas-

sender diese Arbeit durchgeführt wird, desto mehr wird sie in der Lage sein, die Reformen, die Öffnung und Belebung anzuregen, den technologischen Fortschritt zu beschleunigen und die soziale Wohlfahrt in großem Umfang zu verbessern, wobei Kapital für die vier Modernisierungen akkumuliert wird. (RMRB, 11. und 20.1.87) -lou-

*(32)

Stärkere Preiskontrollen gefordert

In einem Rundschreiben, das vom Staatsrat am 14.1.1987 erlassen wurde, wird zur verstärkten Preiskontrolle aufgerufen. Die wichtigsten Punkte dieses Rundschreibens sind wie folgt:

1. Die allgemeinen Erfordernisse für die Preisarbeit des Jahres 1987 bestehen darin, unbeirrt mit der Reform fortzufahren, einen stetigen Fortschritt zu machen und die Preise grundsätzlich stabil zu halten.

2. Die Verwaltung des Getreidemarktes wird verstärkt werden, um die Getreidepreise zu stabilisieren. Unter der Leitung der lokalen Regierungen werden die zuständigen Abteilungen in den wichtigsten Marktgetreidegebieten Koordinationsgruppen für die Getreidepreise errichten, um obere Grenzen für die ausgehandelten Preise des Getreides festzusetzen. Staatliche oder kollektiveigene Getreideaufkaufagenturen, wie z.B. die Handelseinheiten für Nahrungsmittel, die Vermarktungskoopertiven und Industriebetriebe, müssen die entsprechenden Preisregeln anwenden. Die Anhebung der Ankaufpreise während panikartiger Marktsituationen ist strikt verboten. Die Einzelhandelspreise für Getreide, was auf Märkten verkauft wird, werden von den Handelspartnern in Übereinstimmung mit der Nachfrage festgesetzt.

3. Große und mittelgroße Städte sollten ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um die Produktion von und die Versorgung mit Zusatznahrungsmitteln sicherzustellen, wobei die Einzelhandelspreise grundsätzlich stabil gehalten werden sollen. Die Regierungen der Städte sollen ihre Leitungsbemühungen verstärken, und zwar hinsichtlich der Gemüsepreise; sie sollen Maßnahmen ergreifen, um die Gemüseproduktion anzuregen und die Versorgung mit Gemüse sicherzustellen, insbesondere während der Zeiten außerhalb der Saison. Beijing, Tianjin, Shanghai und andere große Städte können Höchstpreise

für die wichtigsten Zusatznahrungsmittel, wie z.B. Fleisch und Eier, dann festsetzen, wenn es nötig erscheint.

4. Die Kontrolle der Preise von Produktionsmitteln wird gefestigt. Die Preise der Produktionsmittel, die im Staatsplan enthalten sind, müssen strikt eingehalten und dürfen nicht ohne Genehmigung erhöht werden. Nichtgenehmigte Preissteigerungen oder Gebühren unter verschiedenen Benennungen sind verboten; alle daraus stammenden illegalen Einnahmen werden konfisziert. Für jene Produktionsmittel, die nicht im Staatsplan enthalten sind, einschließlich jener, die von den Unternehmen vermarktet werden, sollten gegenwärtig Höchstpreise festgesetzt werden, um sie stabil zu halten. Für einige wenige wichtige textile und Industrierohstoffe, die für die Volkswirtschaft und das Leben des Volkes wichtig sind, wird die Praxis nicht mehr erlaubt, sie zu höheren Preisen zu verkaufen, nachdem die Produktionsquoten erfüllt sind.

5. Die Preisverwaltung wird gestärkt, und die Anzahl der Güter, deren Preise sich frei bewegen können, wird strikt kontrolliert werden. Für gewisse wichtige Güter, deren Preise fluktuieren können, werden Richtlinien zur Verfügung gestellt. Die Zahl derjenigen Güter, deren Preise in Übereinstimmung mit der Nachfrage auf dem Markt fluktuieren können oder die innerhalb einer gewissen Marge sich bewegen können, wird nicht erhöht.

6. Illegale Gebühren und Preisanhebungen sind strikt verboten. Die Volksregierungen aller Ebenen sollen Abteilungen errichten, die eine umfassende Inspektion von illegalen Gebühren und Preisanhebungen durchführen und die Probleme lösen sollen. Die Warenpreisabteilungen sollten Zertifikate für wichtige Gebühren ausstellen, um deren Kontrolle zu verstärken. Keine Abteilung, keine Einheit und kein Individuum sollen die Marktordnung schädigen und die Interessen des Staates und der Konsumenten durch willkürliche Preiserhöhungen verletzen.

7. Preisinspektion und Überwachung sollen verstärkt werden. Die Volksregierungen aller Ebenen sollen entsprechende Abteilungen errichten, um regelmäßig allgemeine Preisinspektionen durchzuführen.

Die Regelungen dieses Rundschreibens laufen offenbar darauf hinaus, keine weiteren Preisfreigaben

zu erlauben. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die Zahl derjenigen Güter, deren Preise von den Marktkräften bestimmt werden, als auch der Güter, die innerhalb bestimmter Margen sich bewegen können, nicht erhöht wird. Die angekündigten Kontrollmaßnahmen bezüglich der Preise, aber auch der Gebühren sind so umfassend, daß die Betroffenen sich vermutlich bereits zu einem großen Teil antizipatorisch verhalten werden. Die Öffnung hin zum Markt in diesem wichtigen Bereich ist damit gestoppt worden. (Xinhua, 15.1.87, zit. nach SWB, 21.1.87) -lou-

*(33)

Mehr als 4,3 Millionen Vertragsarbeiter

Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Personal haben die staatlichen Unternehmen in den meisten Teilen des Landes das sog. Vertragssystem für Arbeiter angewendet, nach dem der Staat diese Reformmaßnahme im Oktober 1986 in Kraft gesetzt hatte.

In den letzten drei Monaten des Jahres 1986 wurden im ganzen Lande 700.000 Vertragsarbeiter eingestellt, damit betrug die Gesamtzahl der Vertragsarbeiter 4,3 Millionen. Das neue System habe sich als effizient insofern erwiesen, als bei den Arbeitern Begeisterung erzeugt und es durch Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz zu einer Revitalisierung der Betriebe gekommen sei.

In Shanghai gab es Ende 1986 180.000 Vertragsarbeiter. Sie erhielten dieselbe Berufsausbildung und hatten die gleichen Rechte und Pflichten wie die ständigen Arbeiter. Dies erklärte Shen Zhi, der stellvertretende Leiter des Städtischen Arbeitsamtes. Mehr als 93% dieser Arbeiter hätten ihre Verträge im letzten Jahr erneuert.

Das System würde besonders von jungen Leuten begrüßt, die mit der vorherigen Methode der Stellenzuweisung bzw. der Besetzung freigewordener Stellen mit den Kindern der Pensionäre nicht zufrieden gewesen seien.

Wie Shen weiter ausführte, seien die Arbeiter früher mittels administrativer Methoden an die Betriebe vermittelt worden, was lebenslange Arbeitsplätze in den Unternehmen bedeutete. Obgleich das System der festen Arbeitsplatzzuweisung eine positive Rolle in der Vergangenheit gespielt hätte, seien die Nachteile der "eisernen Reisschüssel" immer offensichtlicher geworden.

Der Bezirk Zhabei der Stadt Shanghai hielt im Januar 1987 einen sog. Arbeitsmarkt ab, um den Arbeitslosen bessere Chancen zu vermitteln. Unternehmen priesen ihre Produkte an, gaben Auskünfte über Löhne, Boni, Arbeitsbedingungen und Einstellungserfordernisse; es wurden Gespräche zwischen den Beauftragten der Betriebe und den Arbeitssuchenden durchgeführt. Auch Anzeigen in Zeitungen spielten eine immer wichtigere Rolle. Im letzten Quartal des Jahres 1986 wurden auf diese Weise 20.000 Menschen Arbeitsplätze angeboten. (XNA, 21. und 27.1.87) -lou-

*(34)

Wohnungsbau bis zum Jahre 2000

Die "Guangming Ribao" veröffentlichte die Ergebnisse einer landesweiten Untersuchung über das städtische Wohnungswesen. Danach hat jeder städtische Bewohner in China durchschnittlich 6,32 qm Wohnraum zur Verfügung. Stadtbewohner in der Provinz Zhejiang verfügen durchschnittlich über Wohnraum von 7,78 qm pro Kopf, damit hat diese Provinz eine Spitzenstellung im ganzen Lande inne. Die städtischen Bewohner in der Provinz Liaoning haben jedoch nur 4,88 qm zur Verfügung.

Die Stadtbewohner in den Provinzen Fujian, Xinjiang, Sichuan, Hunan, Hubei, Hebei, Jiangsu und Shanxi haben mehr als 7 qm Wohnraum, während jene in der Inneren Mongolei, in Guangdong, Tianjin, Shanghai, Heilongjiang und Jilin weniger als 6 qm haben.

26,5% aller Familien verfügen nicht über angemessenen Wohnraum, und die Lebensbedingungen von 10,5% sind unterhalb des Standards.

Der Wohnraum in den Städten des ganzen Landes beträgt nun insgesamt 4,667 Mrd.qm, nur 9,4% davon wurden vor der Befreiung im Jahre 1949 gebaut. In den letzten drei Jahrzehnten gingen nahezu 40% der Investbaufonds des Landes in den Wohnungsbau. Aufgrund des Bevölkerungswachstums verfügt jeder städtische Bewohner nun nur über 1,6 qm mehr Wohnraum als in den frühen 1950er Jahren.

Die Volksaufbaubank von China, die sich auf die Finanzierung des Investbaus spezialisiert hat, hat in den Jahren zwischen 1984 und 1986 Kredite im Wert von insgesamt 5,1 Mrd.Yuan zur Verfügung gestellt, um Wohnraum zu bauen. Allein im Jahre 1986 wurden Ge-

bäude mit einer gesamten Fläche von 25 Mio.qm mit Bankkrediten gebaut. Die mit Hilfe der Kredite gebauten Apartment-Gebäude stehen zum Verkauf. Die Apartment-Gebäude in den chinesischen Städten werden von der Regierung oder von den Unternehmen gebaut, die Wohnungen werden dann an die Arbeiter und Angestellten vergeben, und zwar bislang zu einer sehr niedrigen Miete.

Seit September 1984 begann das Land damit, Häuser zu verkaufen. Neben den Krediten hat die Aufbaubank auch den Immobilienentwicklungsunternehmen dabei geholfen, Anleihscheine in einer Gesamthöhe von 600 Mio.Yuan für den Hausbau in den letzten Jahren zu begeben. Nach einer Aussage eines Bankfunktionärs haben nun mehr als 2.000 Immobilienentwicklungsgesellschaften bei der Volksaufbaubank Konten eröffnet.

Der Minister für Dorf- und Städtebau und für Umweltschutz, Ye Rutang, erklärte, daß die chinesische Regierung plane, bis zum Jahre 2000 jedem chinesischen Haushalt ein "sparsames und praktisches" Apartment anzubieten. Als ersten Schritt zur Erreichung dieses Ziels würden während der Periode des siebenten Fünfjahresplanes 650 Mio.qm Wohnraum für die städtischen Bewohner und weitere 3 Mrd.qm Wohnraum für die ländlichen Bewohner fertiggestellt werden.

Während des sechsten Fünfjahresplanes, der im Jahre 1985 endete, wurde Wohnraum im Umfang von 648 Mio.qm in den chinesischen Städten fertiggestellt, das entsprach etwa dem gesamten Wohnraum, der zwischen 1949 und 1980 gebaut worden war. Ende 1985 verfügte jeder städtische Bewohner über Wohnraum von 10 qm. (Festzuhalten bleibt hier, daß diese Angaben den in der "Guangming Ribao" publizierten Angaben widersprechen.)

Die Bauern hätten einen durchschnittlichen Wohnraum von 14 qm zur Verfügung.

Der Minister führt weiter aus, daß ein Viertel von Chinas ländlichen Familien nun in überfüllten Wohnungen lebte. Dies sei auf Mängel des gegenwärtigen Verwaltungssystems für den städtischen Wohnungsbau sowie den schnellen Anstieg der städtischen Bevölkerung zurückzuführen. Des weiteren versprach der Minister, die gegenwärtige Wohnungsbaupolitik in großem Umfange beizubehalten, die Reform des Verwaltungssystems für

den Hausbau, das auf Kommerzialisierung beruht, zu beschleunigen und die Initiative aller Sektoren der Gesellschaft anzuregen. (XNA, 3.1. und 19.1.87; GMRB, 19.1.87) -lou-

*(35)

Rohstoffmangel in Papierfabriken

Chinas Papierindustrie leidet unter einem Mangel an Rohstoffen für die Papiererzeugung. Nach einer Meldung der "Economic Information" gibt China jährlich 1 Mrd.US\$ zum Import von Zellstoff aus, um dem Mangel an Rohmaterialien in den Papierfabriken zu begegnen. In China macht Gras 80% der in der Papierindustrie verwendeten Rohstoffe aus, doch daraus können nicht genug Papierprodukte von hoher Qualität erzeugt werden. Deswegen seien Anstrengungen nötig, den Prozentsatz von Zellstoff zu erhöhen.

Nach Statistiken verwendete China im Jahre 1986 ca. 5 Mio.cbm Holz für die Papierproduktion; die Voraussage für das Jahr 2000 geht dahin, daß dann 19 Mio.cbm Holz benötigt werden, falls der Anteil von Zellstoff 35% beträgt.

Auf einer dreitägigen Tagung, die am 8.Januar 1987 in Beijing zu Ende ging, befürworteten Forstexperten und Experten der papierherstellenden Industrie eine engere Zusammenarbeit zwischen beiden Bereichen, um den Mangel an Rohmaterialien für die Papierindustrie zu beheben.

Nach Aussagen der Experten habe Chinas papierherstellende Industrie in den letzten drei Jahrzehnten schnelle Fortschritte gemacht. Dennoch betrüge der durchschnittliche Papierverbrauch pro Person weniger als ein Viertel des Durchschnittsverbrauchs in der Welt. Auch würden die Bedürfnisse der Menschen bei weitem nicht erfüllt; den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung würde nicht Genüge getan. Die Experten schlugen vor, eine Anzahl von Papierfabriken in den Waldgebieten zu errichten, um vollen Gebrauch von den Holzressourcen zu machen. Des weiteren sollten in bestimmten Gebieten Bäume für die papierherstellende Industrie und für Gemeinschaftsunternehmen der Forstwirtschaft und der papierherstellenden Industrie angepflanzt werden. Der genannte Importwert für Zellstoff in Höhe von 1 Mrd.US\$ ist vermutlich bei weitem zu hoch. Nach der Statistik des Außenwirtschaftsministeriums wurden in den Jahren 1984 und 1985 an Zellstoff 618.700 bzw.

530.500 t im Werte von 233 Mio. bzw. 171 Mio. US\$ importiert. Der chinesischen Zollstatistik zufolge erreichten die Einfuhren im gleichen Zeitraum 640.200 bzw. 547.300 t im Gegenwert von 596 Mio. bzw. 691 Mio. Yuan. (NfA, 15.1.87; XNA, 6. und 9.1.87) -lou-

*(36)

Innere Mongolei: Gute wirtschaftliche Ergebnisse

Der industrielle Bruttoproduktionswert der Inneren Mongolei betrug 1986 ca. 10,326 Mrd. Yuan. Das durchschnittliche Wachstum während des Zeitraums 1984 bis 1986 betrug 9,2%. Dies sind Zahlen, die das Regionale Statistikamt bekanntgab. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen der ca. 1 Million Hirten in der autonomen Region war in drei aufeinander folgenden Jahren höher als 500 Yuan. Das Einkommen lag damit um ca. 100 Yuan höher als der nationale Durchschnitt der Bauern.

Die Innere Mongolei hat Kooperationsprojekte mit 250 Gebieten bzw. Städten im ganzen Lande vereinbart. Die ca. 900 Fabriken der Region haben 350 große, mittlere und kleine wirtschaftliche Vereinigungen mit mehr als 1.000 Partnern in anderen Teilen des Landes abgeschlossen. Auf diese Weise waren die Fabriken in der Lage, ihren jährlichen Bruttoproduktionswert um 300 Mio. Yuan zu steigern.

Wie das Statistikamt der autonomen Region weiter mitteilte, hat die Innere Mongolei Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit mehr als 60 Ländern und Regionen in der Welt. Die bislang absorbierten ausländischen Fonds in Höhe von 54 Mio. US\$ sind bescheiden; sie wurden dazu genutzt, Betriebe im Bereich der Baumaterialien, der Chemie und der Metallurgie zu entwickeln. 56 Produktionslinien für die Bereiche Metallurgie, Wolltextilien, Färberei, Bekleidung und Brauerei wurden importiert. Mit ausländischen Mitteln wurden 151 mittlere und kleinere Kohlezechen gebaut bzw. ausgebaut. (XNA, 19.1.87) -lou-

*(37)

Hochzeitskosten

Im Mai 1986 begannen die chinesischen Konsumentenvereinigung und das Zentralkomitee der Kommunistischen Jugendliga mit einer Umfrage über die Hochzeitszeremonien und -kosten in zwanzig

Städten des Landes. Nach den nun vorliegenden Ergebnissen hat sich die Summe, die für die Hochzeitsfeierlichkeiten und die Einrichtung eines Haushalts ausgegeben wird, seit 1970 ständig erhöht; ganz besonders hoch war der Anstieg in den letzten Jahren. Durchschnittlich wurde von den Ehepaaren 3.600 Yuan in den Jahren 1981 bis 1982 ausgegeben, in den Jahren 1985 und 1986 stiegen die Ausgaben auf 5.000 Yuan. Eigentlich würden die jungen Ehepaare im Durchschnitt 6.500 Yuan ausgeben, in den großen Städten, wie z.B. Guangzhou und Wuhan, belaufen sich diese Summen auf 8.000 Yuan.

Die Umfragen zeigen, daß die Eltern normalerweise die Hälfte der Gesamtausgaben beisteuern. Die jungen Ehepaare feiern ihre Hochzeiten nicht immer so, wie sie selbst wünschen, doch sie fügen sich den Wünschen der Eltern, die oft durch Tradition und manchmal durch Feudalismus bestimmt werden.

Ca. 44% der Eheleute gaben an, daß sie eine Hochzeitsreise machen wollten, doch nur 29,5% machten tatsächlich eine Hochzeitsreise.

In dem Zeitraum von 1970 bis 1986 stiegen die Ausgaben um 60% für Kleidung und Bettzeug, um 180% für Schwarz-weiß-Fernsehergeräte, Kassettenrecorder, Ventilatoren und Waschmaschinen sowie 400% für Farbfernsehergeräte, Kühlschränke und Fotoapparate.

71% der neu Verheirateten wünschen, getrennt von ihren Eltern zu leben, doch nur die Hälfte sind dazu in der Lage, und zwar wegen der Knappheit an Wohnraum. 49,9% der neu verheirateten jungen Paare verfügen über einen Wohnraum von weniger als 6 qm, 16,3% haben weniger als 3 qm. 49% der Befragten erklärten, daß sie eine Wohnung kaufen würden, und zwar in der Preisklasse zwischen 120 und 130 Yuan pro qm. (XNA, 10.1.87) -lou-

*(38)

Einkommensverhältnisse der Bauern

Eine in der "Jingji Ribao" veröffentlichte repräsentative Umfrage bei 1.763 Bauernhaushalten in zwölf Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und autonomen Regionen, darunter Shandong, Jiangsu, Guangdong, Liaoning, Xinjiang und Tianjin, zeigt, daß die Hälfte von ihnen ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 400 Yuan pro Jahr hatten. 14,1% von ihnen hatten ein Durchschnittseinkommen pro Kopf

und Jahr von weniger als 200 Yuan. Dieser Betrag wird als Armutsgrenze angesehen. Aus dieser Untersuchung geht auch hervor, daß die Bauern 54% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, 20% für Güter des täglichen Bedarfs und Konsumgüter, 14% für Wohnung sowie 12% für Kleidung und Brennstoff.

Nach Aussagen des stellvertretenden Gouverneurs der Provinz Guizhou, Zhang Shukui, seien im Jahre 1986 weitere 870.000 Bauern in der Lage gewesen, ihr Auskommen zu finden. Sie machen 10% der armen Bauern in der Provinz aus. Diese gehören den ethnischen Minderheiten an, die in 26 entlegenen und bergigen Kreisen wohnen.

In der unterentwickelten südwestlichen Provinz Chinas, die als ärmste Provinz des Landes gilt, wird eine ländliche Familie dann als arm bezeichnet, wenn sie pro Kopf der Familienangehörigen nicht mehr als 200 Yuan und 200 kg Getreide jährlich bezieht.

Um den Armen zu helfen, hätten die Behörden 446 Projekte im Bereich der Industrie, der Landwirtschaft, des Erziehungs- und Gesundheitswesens im Werte von 133 Mio. Yuan in Gang gebracht; des weiteren seien 33.880 t Kunstdünger zur Verfügung gestellt worden. Die staatlichen Getreideankaufquoten sowie die Steuern seien für die armen Kreise reduziert worden. Ca. 8.100 Techniker seien in die Kreise entsandt worden, um technische Beratung anzubieten. Sie halfen dabei, 750.000 Bauern auszubilden. (XNA, 23.12.86 und 24.1.87) -lou-

Taiwan

*(39)

Politische Liberalisierung geht langsam weiter voran

Am 9. Januar hat der Exekutiv Yuan (Kabinett) dem Gesetzgebungs Yuan (Parlament) eine Vorlage des "nationalen Sicherheitsgesetzes für die Zeit der Mobilmachung zur Bekämpfung der Rebellion" unterbreitet. Das geplante Gesetz soll nach der Ankündigung der Regierung das seit 1949 auf der Insel herrschende Notstandsgesetz ersetzen. Die Vorlage hat insgesamt nur 10 Artikel (LHB u. ZYRB, 9.1.87). Laut Artikel 2 dürfen Versammlungen und Vereinigungen von Bürgern nicht der Verfassung bzw. der antikommunistischen Politik des Staates widersprechen oder separatistische Gedanken befür-